

STANDPUNKTE

Frühjahrssession 2024
Nationalrat



Inhalt

Datum	Nr.	Geschäft	Seite
26. Februar 2024	20.433	Pa. Iv. UREK-N. Schweizer Kreislaufwirtschaft stärken	4
26. Februar 2024	23.055	BRG. Stand und Änderungen bei Ausbauprogrammen der Bahninfrastruktur und neue Langfriststrategie «Perspektive Bahn 2050»	5
26. Februar 2024	23.021	Bundesgesetz über die Zulassung als Strassentransportunternehmen (STUG). Änderung	6
5. März 2024	22.314	Kt. Iv. GE. Nein zum Abbau von weiteren 3,5 Prozent Landwirtschaftsfläche	7
		Zusätzliche Empfehlungen zu traktandierten Geschäften	8
		Empfehlungen für traktandierete Geschäfte gemäss separaten Listen	9

Impressum

UMWELTALLIANZ | ALLIANCE-ENVIRONNEMENT
Postgasse 15 | Postfach 817 | 3000 Bern 8
Telefon 031 313 34 33 | Fax 031 313 34 35
www.umweltallianz.ch | info@umweltallianz.ch
Redaktion: Dominik Beeler, Anne Briol Jung

Behandlung**26. Februar 2024****[20.433](#)****Pa. Iv. UREK-N. Schweizer Kreislaufwirtschaft stärken****Einleitung**

Mit der vorliegenden Teilrevision werden die Grundsätze der Kreislaufwirtschaft in das Umweltschutzgesetz aufgenommen, beispielsweise durch die Berücksichtigung der Umweltbelastung über den gesamten Lebenszyklus von Produkten (10h) oder durch die Möglichkeit, Anforderungen an in Verkehr gebrachte Produkte und Verpackungen in Bezug auf ihre Lebensdauer, ihre Reparierbarkeit oder die Verfügbarkeit von Ersatzteilen festzulegen (35i). Diese Revision bietet wichtige Impulse für die Kreislaufwirtschaft, sodass Abfälle und Umweltbelastungen zukünftig minimiert werden.

Empfehlung

Die Umweltallianz macht folgende Empfehlungen zum USG:

- Art. 10h Abs. 3 - Annahme der Mehrheit
- Art. 30b Abs. 2 Bst. c - Annahme der Minderheit I Wismer Priska

Begründung**Art. 10h Abs. 3:**

Aktuell gibt es keine harmonisierten europäischen 'Produktdeklarationen', sondern nur eine Vielzahl nationaler Regelungen. Es besteht somit das Risiko, dass die Schweiz auf unklare Umsetzungsmodalitäten verweist. Die Formulierung der Kommissionmehrheit 'internationale anerkannte Standards' dagegen ist eindeutig und verhindert Unklarheiten.

Art. 30b Abs. 2 Bst. c:

In einem vom WWF in Auftrag gegebenen Bericht von 2019 wird geschätzt, dass Menschen im Durchschnitt zwischen 0,1 und 5 Gramm Plastik pro Woche über ihre Lebensmittel und Getränke aufnehmen. 2022 wurde zum ersten Mal Mikroplastik im menschlichen Blut sowie in Muttermilch nachgewiesen. Zudem verlangt Agrarforschung Schweiz, dass Fremdstoffanteile in Gärgut und Kompostdüngern weiter reduziert werden. Im Moment verbleiben rund 160 t Plastik pro Jahr in den Böden, welche den Weg in den menschlichen Körper finden könnten. Die Minderheit I Wismer Priska bei Artikel 30b Abs. 2 Bst. c wurde bereits im Mai vom Nationalrat angenommen und steht im Einklang mit dem Verursacherprinzip.

Falls die Minderheit I nicht angenommen wird, so empfiehlt die Umweltallianz der Mehrheit der Kommission zu folgen.

Kontakt

Greenpeace Schweiz, Joëlle Hérin, joelle.herin@greenpeace.org, 079 256 32 65

Behandlung 26. Februar 2024

[23.055](#)

BRG. Stand und Änderungen bei Ausbauprogrammen der Bahninfrastruktur und neue Langfriststrategie «Perspektive Bahn 2050»

Einleitung

Die Ausbauprojekte der Bahninfrastruktur werden, wie bei den Nationalstrassen, vom Parlament bestimmt. Bei den Ausbausritten 2025 und 2035 kommt es nun zu einzelnen Änderungen. Dies zum Teil aufgrund von Vorstössen, die vom Parlament überwiesen worden sind. Zu wichtigen Projekten, wie dem Vollausbau des Lötschbergbasistunnels und dem 3. Gleis zwischen Morges und Allaman, bestehen keine Minderheiten. Die Perspektive Bahn 2050 wird vom Parlament nicht verabschiedet.

Empfehlung

Die Umweltallianz empfiehlt, die Minderheit Imark abzulehnen und an allen anderen Stellen, an denen sich die Anträge von Kommission und Bundesrat unterscheiden, der Kommission zu folgen.

Begründung

Der Antrag der Mehrheit und des Ständerates stellt sicher, dass die Romandie 2035 nicht von einer deutlichen Fahrplanverschlechterung betroffen ist. Diese würde sich ohne Korrekturen bei der Projektliste aus technischen Problemen bei der Projektrealisierung ergeben, welche beim politischen Entscheid zur Projektliste 2025 vor 10 Jahren nicht absehbar waren (Wankkomposition, Ausbau Bahnhof Lausanne).

Kontakt

VCS, Luc Leumann, luc.leumann@verkehrsclub.ch, 079 705 06 58

Behandlung 26. Februar 2024

[23.021](#)

Bundesgesetz über die Zulassung als Strassentransportunternehmen (STUG). Änderung

Einleitung

Bundesrat, Nationalrat und die Mehrheit der KVF-N wollen zulassen, dass im nicht öffentlichen Teil des Registers über fehlbare Strassentransportunternehmen der Polizei auch Informationen über die Anzahl der Beschäftigten und der Fahrzeugkennzeichen erhoben werden dürfen. Ohne diese Informationen kann der vom Parlament geforderte Informationsaustausch mit ausländischen Polizeien über Strassenverkehrsunternehmen, die sich nicht an die Vorschriften halten, nur teilweise erfolgen.

Empfehlung

Die Umweltallianz empfiehlt, die Minderheit Giezendanner abzulehnen.

Begründung

2022 hat das Parlament der Motion Storni [21.4580](#) (Erhöhung der Verkehrssicherheit durch Informationsaustausch. Der Schweizer Polizei Zugriff auf das europäische Strassentransportregister ermöglichen) zugestimmt. Dieses System informiert die Polizei über LKW-Unternehmen, die wiederholt nicht vorschriftsgemäss unterwegs waren und so die Verkehrssicherheit sowie die Güterverlagerungspolitik unterlaufen. Zum Beispiel Fahrzeuge ohne Fahrtenschreiber d.h. ohne LSVA-Erhebung, Sozialdumping, fehlende Ausbildung der LKW-Fahrer, systematische Verletzung der Lenk- und Ruhezeitvorschriften oder Verstösse gegen Gefahrgutvorschriften und das Tiertransportrecht. Die Hürde für eine negative Beurteilung ist hoch. Für Stufe «rot» sind z.B. bei einem Unternehmen mit 10 Fahrern innerhalb eines Jahres 30 Verstösse in Bezug auf einen nicht vollständig funktionierenden Fahrtenschreiber nötig.

Kontakt

VCS, Luc Leumann, luc.leumann@verkehrsclub.ch, 079 705 06 58

Behandlung 5. März 2024

[22.314](#)

Kt. Iv. GE. Nein zum Abbau von weiteren 3,5 Prozent Landwirtschaftsfläche

Einleitung

Die Anforderung von 3,5 Prozent Biodiversitätsförderfläche (BFF) im Ackerbau löst das Versprechen aus der Diskussion zu den beiden Pestizidinitiativen im Parlament ein und ist für die Umsetzung der parlamentarischen Initiative [19.475](#) «Das Risiko beim Einsatz von Pestiziden reduzieren» unerlässlich. Diverse Vorstösse haben sich bisher dem Thema gewidmet. In der Quintessenz immer mit dem Entscheid, am Grundsatz einer Einführung der Massnahme festzuhalten. Das BLW hat im Januar 2024 eine auf Wunsch des Parlaments in der Folge abgeschwächte Umsetzung in die Vernehmlassung gegeben. Es wäre sehr seltsam, würde der Nationalrat diese Standesinitiative annehmen.

Empfehlung

Die Umweltallianz empfiehlt, die Standesinitiative abzulehnen.

Begründung

Bei der Ackerbiodiversität gibt es grosse Defizite. Der heutige ÖLN fordert einen «angemessenen Anteil an Biodiversitätsförderflächen (BFF)». Dabei muss der Anteil an BFF mindestens 7% der landwirtschaftlichen Nutzfläche betragen. Die Verteilung der BFF ist allerdings sehr ungleich. Der Anteil an BFF-Elementen im Ackerbau ist mit rund 1 % Anteil an der Ackerfläche noch immer sehr tief. Nimmt man noch das erlaubte Produktionselement «Getreide in weiten Reihen» dazu, beträgt der Anteil heute 2% der Ackerfläche. Das ist zu wenig, wie diverse wissenschaftliche Studien zeigen. Dem Biodiversitätsdefizit im Ackerbaugbiet muss entgegengewirkt werden. Diese Flächen sind nicht nur für die Artenvielfalt wertvoll, sie kommen auch der Produktion von Lebens- und Futtermitteln zugute. Auf diesen Flächen werden Nützlinge und Bestäuber gefördert, welche zur Bekämpfung von Schädlingen in landwirtschaftlichen Kulturen und für die langfristige Sicherung der Bestäubung immens wichtig sind. Dank den Nützlingen kann auch der Pestizideinsatz reduziert werden, was nicht nur dem Umweltschutz, sondern auch der Kostenreduktion auf den Betrieben dient.

Im Kontext der Ernährungssicherheit kann nicht argumentiert werden, dass ein Mindestanteil an Biodiversitätsflächen von 3.5% im Ackerbaugbiet zu einer Reduktion des Selbstversorgungsgrades führen wird. Im Gegenteil: Die langfristige Erhaltung der Biodiversität ist eine unverzichtbare Voraussetzung für die Produktion von Lebensmitteln.

Kontakt

Pro Natura, Marcel Liner, marcel.liner@pronatura.ch, 061 317 92 40

Zusätzliche Empfehlungen zu traktandierten Geschäften

23.3435	Mo. Stark. Das Isos soll die bauliche Entwicklung und Verdichtung lenken, aber nicht verhindern	Ablehnen
23.4334	Po. UREK-N. CO2-Abgabe direkt an Haushalte rückverteilen	Annehmen

Empfehlungen für traktandierete Geschäfte gemäss separaten Listen**Parlamentarische Initiative 1. Phase**

23.409	pa. Iv. (Fischer Roland) Bertschy. Schweizerische Nationalbank. Stabile Geldpolitik dank Berücksichtigung von Klimarisiken	Annehmen
23.410	pa. Iv. Klopfenstein Broggin. Schweizerische Nationalbank. Stabile Geldpolitik dank Berücksichtigung von Klimarisiken	Annehmen
23.411	pa. Iv. Badran Jacqueline. Schweizerische Nationalbank. Stabile Geldpolitik dank Berücksichtigung von Klimarisiken	Annehmen
23.412	pa. Iv. (Landolt) Müller - Altermatt. Schweizerische Nationalbank. Stabile Geldpolitik dank Berücksichtigung von Klimarisiken	Annehmen
23.413	pa. Iv. (Studer) Gugger. Schweizerische Nationalbank. Stabile Geldpolitik dank Berücksichtigung von Klimarisiken	Annehmen

Parlamentarische Vorstösse aus dem EDI

22.3188	Mo. Munz. Ernährungsempfehlungen umsetzen für weniger Fleisch, dafür nachhaltig, tiergerecht und regional erzeugt	Annehmen
22.3302	Mo. (Schneider Meret) Kälin. Klare Datenlage beim Antibiotikaeinsatz in der Nutztierhaltung	Annehmen

Parlamentarische Vorstösse aus dem UVEK

23.3717	Mo. Burgherr. Mehr Freiraum beim Umbau landwirtschaftlicher Bauten	Ablehnen
22.3094	Po. (Pointet) Mettler. Wie viele Vögel werden in der Schweiz durch menschliche Aktivitäten getötet?	Annehmen
22.3130	Po. Fraktion M-E. Krisentaugliche Referenzszenarien für die Energiepolitik der Zukunft	Annehmen
22.3150	Mo. Nussbaumer. Konzept Spitzenlast-Gaskraftwerke zu einem Konzept der "Qualifizierten Erzeuger" ausweiten	Ablehnen
22.3159	Po. Storni. Szenarien für die Stromproduktion in Europa. Neuer Bericht oder Aktualisierung des Berichtes von 2017	Ablehnen
22.3165	Po. Vincenz. Nutzung von Notstromaggregaten bei Versorgungslücken	Annehmen
22.3173	Mo. (Schlöpfer) Rügger. Verbandsbeschwerderecht bei Solar- und Wasserkraft aufheben	Ablehnen
22.3207	Mo. Portmann. Vertrag mit Deutschland und Norwegen zur Energieversorgungssicherheit	Ablehnen
22.3222	Po. Feller. Treibhausgasemissionen in der Schweiz. Für eine schnellere Veröffentlichung der Jahresbilanz	Annehmen
22.3225	Mo. Egger Mike. Vereinfachung von Bewilligungsverfahren für bestimmte Ausnahmetransporte	Ablehnen

22.3267	Mo. Kamerzin. Für eine Mobilitätszulage	Ablehnen
22.3268	Mo. Kamerzin. Stopp den Ungleichheiten bei der Finanzierung von Ausbau und Unterhalt der Strassen	Ablehnen
22.3269	Mo. Schlatter. Tempo 50 statt 60 innerorts für Lärmschutz und Verkehrssicherheit. Endlich umsetzen! (Annehmen
22.3285	Mo. Clivaz Christophe. Keine gasbetriebenen Reservekraftwerke, um die Stromversorgung zu gewährleisten	Annehmen
22.3295	Mo. Giezendanner. Kostenselbstbeteiligung im Veloverkehr	Ablehnen
22.3326	Mo. Schlatter. Klima-Check für Nationalstrassen	Annehmen
22.3344	Mo. (Egger Kurt) Schlatter. Ersatz der Elektroheizungen	Annehmen
22.3430	Mo. Klopfenstein Broggin. Suffizienz und Effizienz. Impulsprogramm für Energiesparmassnahmen	Annehmen
22.3444	Mo. Munz. Aktionsplan «Verminderung und Vermeidung von Mikroplastik in Gewässern»	Annehmen
22.3458	Mo. Brenzikofer. Autofreie Sonntage	Annehmen
22.3477	Mo. (Regazzi) Roduit. Weniger Bürokratie und wirksamere Massnahmen zum Schutz vor Wolfsschäden in der Schweiz	Ablehnen
22.3478	Mo. (Regazzi) Roduit. Gesetzliche Grundlagen dafür schaffen, dass die Kantone wolfsfreie Zonen ausscheiden können	Ablehnen
22.3493	Mo. Mahaim. Reduzieren wir die Geschwindigkeit auf der Autobahn, um unsere Abhängigkeit von fossilen Energien zu verringern!	Annehmen
22.3495	Mo. Töngi. Energiesparen attraktivieren. Heiz- und Warmwasserkosten nach Verbrauch abrechnen	Annehmen
22.3526	Mo. Marchesi. Revision des Jagdgesetzes, damit der Wolf nicht länger der Albtraum der Alpwirtschaft bleibt	Ablehnen
22.3544	Mo. Fraktion V. Reduktion der CO2-Abgabe auf den Stand von 2021	Ablehnen
22.3545	Mo. Fraktion V. Anpassung der kostenlosen Zuteilmenge (EHS) über die Reduktion der CO2-Emissionen	Ablehnen
22.3553	Mo. Fraktion S. Chance für eine ÖV-Offensive nutzen. Halbtaxabonnement für 100 Franken	Annehmen
22.3554	Mo. Fraktion S. Attraktives ÖV-Angebot für Familien	Annehmen
22.3580	Po. Arslan. Ist die Schweiz «Fit for 55»? Gegenüberstellung der Schweizer und der EU-Klimapolitik	Annehmen
22.3582	Mo. (Pasquier-Eichenberger) Brenzikofer. Eine Zugreise im Sommer des 18. Geburtstags	Annehmen
22.3586	Mo. Walder. Die Schweiz muss sich an der EU-Allianz für die Solarindustrie beteiligen	Annehmen
22.3621	Po. Hess Erich. Rahmenbedingungen für den Bau neuer Kernkraftwerke schaffen	Ablehnen

22.3645	Mo. (Prezioso) Mahaim. Kein ökologischer Wandel ohne Planung	Annehmen
22.3668	Mo. Brenzikofer. Klimaanpassungs-Fonds. Mehr Grün und Blau statt Grau	Annehmen
22.3722	Po. Fivaz Fabien. Verbesserte Kohärenz der kantonalen Klimapläne	Annehmen
22.3752	Mo. (Pasquier-Eichenberger) Schlatter. Für einen attraktiveren Halbtax-Preis	Annehmen
22.3753	Po. Ryser. Mehr Grün und Weiss, statt Grau und Heiss	Annehmen
22.3764	Mo. Glättli. Einführung des «right to use». Freier Zugang zu Hard-und Software als Hebel für eine nachhaltige Nutzung elektronischer Geräte	Annehmen
22.3766	Po. Bendahan. Förderung von Techniken aus der Verhaltensökonomik und «nudges» zur Senkung des Energieverbrauchs	Annehmen
22.3769	Po. Töngi. Öffentlicher Verkehr. Attraktive Angebote für junge Menschen	Annehmen
22.3770	Mo. Quadri. Wolf. Ein radikaler Kurswechsel ist dringend erforderlich	Ablehnen
22.3772	Po. Roduit. Übergang zur Elektromobilität mit anderem Finanzierungsmodell für die Strassen	Ablehnen
22.3784	Mo. Ryser. Eine Flugticketabgabe für die zivile Luftfahrt	Annehmen
22.3790	Po. (Schneider Schüttel) Munz. Die «forever chemicals», Trifluoracetat und Co., sind gesundheitlich nicht unbedenklich. Welche Konsequenzen sind zu ziehen?	Annehmen
22.3814	Po. Suter. Feinstaub durch Fahrzeug- und Strassenabrieb. Auslegeordnung zum gesetzgeberischen Handlungsbedarf	Annehmen
22.3820	Mo. Glättli. Konkrete Massnahmen gegen Mikroplastik aus Textilfasern treffen mit Branchenvereinbarungen	Annehmen
22.3827	Mo. (Binder) Meier Andreas. Gegen die Verringerung des Stellenwertes der Regionen Baden und Brugg bei der Fahrplangestaltung im Step 2035. Gegen einen Ausbau mit Abbau. Weniger Züge sind mehr	Ablehnen
22.3899	Mo. Fraktion RL. Anlagen zur Stromproduktion aus erneuerbaren Energien. Projekte sofort und verpflichtend umsetzen	Ablehnen
22.3932	Mo. Glarner. Abbau von Handelshemmnissen beim Import von Gebrauchtwagen	Ablehnen
22.3944	Po. (Binder) Meier Andreas. Höhere Versorgungssicherheit mit besser gefüllten Speicherseen	Annehmen
22.3971	Po. Schaffner. Hürden beim Einsatz von Methanol als Energieträger beseitigen	Annehmen
22.3981	Mo. (Imboden) Prelicz-Huber. Verursacherprinzip anwenden. Eine progressive CO2-Steuer einführen!	Annehmen
22.3985	Mo. Klopfenstein Broggin. CO2-Abgabe. Aufteilung der Kosten zwischen Eigentümerschaft und Mieterschaft	Annehmen
22.3986	Po. Klopfenstein Broggin. Heizungen optimieren und Energie sparen	Annehmen
22.4001	Mo. (Romano) Fonio. Ein Gas. Solidaritätsabkommen mit Italien	Ablehnen

Parlamentarische Vorstösse aus dem EFD

23.3881	Mo. Andrey. Ausrichtung der Finanzmittelflüsse gemäss Übereinkommen von Paris stärken	Annehmen
23.3460	Mo. Ryser. Staatsgarantien für Banken an Nachhaltigkeitskriterien knüpfen	Annehmen
23.3475	Mo. Fraktion G. Staatshilfen im Einklang mit den Schweizer Nachhaltigkeitszielen	Annehmen
23.3476	Mo. Fraktion G. Klima- und Biodiversitätsrisiken in den Eigenkapitalvorschriften berücksichtigen	Annehmen
23.3747	Mo. (Berthoud) Nantermod. Die Multimodalität stärken, indem der Abzug der Automobilsteuer ermöglicht wird	Ablehnen
23.3783	Mo. Schaffner. Brenn- und Treibstoffbesteuerung nach Energiegehalt	Annehmen
23.4073	Mo. Marchesi. Stopp der Erhöhung des Benzinpreises! Begrenzung der Abgaben und der Mehrwertsteuer ab einer bestimmten Preisgrenze	Ablehnen
23.4097	Mo. (Matter Michel) Gredig. Rechtlicher Rahmen für einen nachhaltigen Finanzsektor	Annehmen

Parlamentarische Vorstösse aus dem WBF

22.3765	Po. Glättli. Unter welchen Bedingungen kann Arbeitszeitreduktion einen Beitrag zu mehr Klimaschutz und sozialer Gerechtigkeit leisten?	Annehmen
22.3788	Mo. Clivaz Christophe. Verwendung des Bundesbeitrags an Schweiz Tourismus ausschliesslich zur Förderung des Schweizer Tourismus auf dem Heimmarkt und auf Nahmärkten	Annehmen
22.3819	Mo. (Grin) Nicolet. Die neue Massnahme von 3,5 Prozent Biodiversitätsförderflächen auf offener Ackerfläche wieder aufheben	Ablehnen
22.3954	Mo. Fraktion RL. Energiesparmassnahmen konkret. Flexibilisierung der Arbeitszeiten. Von der Wochen- zur Jahresarbeitszeit	Ablehnen
22.3974	Mo. (Hurni) Docourt. Für ein Verbot des Einsatzes von Steinbrechern in der Schweiz	Annehmen
22.4109	Po. Baumann. Bäuerliche Wertschöpfung sichern. Kein Marketing mit Billigfleisch-Aktionen	Annehmen
22.4168	Po. Bulliard. Wasserversorgung für die Bergland- und Alpwirtschaft	Ablehnen
22.4198	Po. Amoos. Bericht über die Schlechtwetterentschädigung im Hinblick auf den Klimawandel	Annehmen
22.4354	Mo. Klopfenstein Broggini. Umfassende Statistiken zur Bienenzucht, um die Bienen besser zu schützen	Annehmen
22.4544	Mo. Pfister Gerhard. Versteckte Quersubventionierungen beim Automobilleasing. Fehlende Kostentransparenz	Annehmen
22.4567	Mo. Strupler. Sinnvolle Umsetzung der zusätzlichen 3,5 Prozent Biodiversitätsförderung auf Ackerflächen	Ablehnen
22.4569	Mo. Strupler. Anrechnung von QII-Wiesen und -Hecken an die zusätzlichen 3,5 Prozent BFF auf offenen Ackerflächen	Ablehnen

22.4589	Mo. Storni. Änderung des Landesversorgungsgesetzes. Pflicht für Speicherwasserkraftwerke zur Bildung einer Stromreserve	Annehmen
23.3309	Mo. Gafner. Offenhaltung der Grünlandflächen in Hanglagen als Teil der Ernährungssicherheit	Ablehnen
23.3354	Po. Girod. Ökologische und soziale Auswirkungen der Unternehmen im Ausland besser erfassen	Annehmen
23.3687	Mo. Haab. Verschiebung der Einführung von 3,5 Prozent Biodiversitätsförderfläche im Ackerbau um ein Jahr	Ablehnen
23.3917	Po. Bregy. Stärkung der Bewässerung als Beitrag zur Ernährungssicherheit	Ablehnen
23.3921	Mo. Glättli. Steigende Energiepreise. Fehlanreize für Eigentümerinnen und Eigentümer beseitigen	Annehmen
23.3936	Mo. Grossen Jürg. Laden von Elektroautos im Mietverhältnis und Stockwerkeigentum	Annehmen

UMWELTALLIANZ

Kurzporträt

Die Umweltallianz ist ein loser Zusammenschluss der sechs grossen Schweizer Umweltschutzorganisationen mit dem Ziel der optimalen Koordination der politischen Aktivitäten. Die Geschäftsstelle der Umweltallianz ist in Bern.

Umweltallianz, Postgasse 15, Postfach 817, 3000 Bern 8
Telefon 031 313 34 33, info@umweltallianz.ch

Mitglieder

BirdLife Schweiz

SVS, Wiedingstrasse 78, Postfach, 8036 Zürich
T 044 457 70 20
www.birdlife.ch

Greenpeace

Greenpeace, Postfach, 8031 Zürich
T 044 447 41 41
www.greenpeace.ch

Pro Natura

Pro Natura, Postfach, 4018 Basel
T 061 317 91 91
www.pronatura.ch

Schweizerische Energie-Stiftung SES

SES, Sihlquai 67, 8005 Zürich
T 044 275 21 21
www.energiestiftung.ch

VCS / ATE

VCS, Aarberggasse 61, Postfach 8676, 3001 Bern
T 031 328 58 58
www.verkehrsclub.ch

WWF

WWF Schweiz, Postfach, 8010 Zürich
T 044 297 21 21
www.wwf.ch

Kooperationspartner

Alpen-Initiative

Alpen-Initiative, Hellgasse 23, 6460 Altdorf UR
T 041 870 97 81
www.alpeninitiative.ch

Naturfreunde Schweiz

Naturfreunde Schweiz, Postfach, 3001 Bern
T 031 306 67 67
www.naturfreunde.ch

Umweltrating

Die Umweltallianz analysiert regelmässig, wie umweltfreundlich Parlamentarierinnen und Parlamentarier abstimmen, siehe www.umweltrating.ch. Grundlage bilden die in den Standpunkten beschriebenen Geschäfte.